Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20. Postfach Nr. 52.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postscheckkonto: Dresden 1530. Girokasse: Riesa Nr. 53.

№ 87. Montag, 15. April 1929, abends. 82. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellgebühr. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 4 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber im Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achtseitige Unterhaltungsbeilage „Heiteres am der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Große Koalition im kleinen Staat.

Die mecklenburgische Regierungskrise ist eine Parodie auf die reichsdeutsche. Die Große Koalition wäre die einzige Möglichkeit, vernünftig zu regieren, aber zwischen den in Betracht kommenden Parteien bestehen Interessengegensätze kleinlichster und persönlichster Art. So ist es zur Ablehnung des Haushalts für 1929 gekommen, und daraufhin mußte die aus dem sozialdemokratischen Minister Dr. Reibnitz bestehende Regierung zurücktreten. Nun hätten schließlich in aller Ruhe Verhandlungen über die Bildung einer anderen Regierung erfolgen können. Vielleicht hätte sich auch zur Abwechslung einmal ein demokratischer oder ein volksparteilicher Minister gefunden, der die drei für die Große Koalition benötigten Parteiströmungen in sich selbst auszugleichen befähigt wäre. Freilich ist es ja schwierig, zu sagen, ob man leichter drei Minister aus drei verschiedenen Parteien unter einen Hut bringt, oder ein Unikum von Minister findet, das die Koalition innerhalb seiner eigenen politischen Anschauungen herstellt. Vor derartige verwickelte Probleme kann natürlich nur ein Land von der Größe Mecklenburg-Strelitz' gestellt werden. Aber dem Landtag von Neustrelitz war auch diese Situation immer noch nicht kompliziert genug, und deshalb beantragte die Sozialdemokratie, daß ihr Minister, Dr. Reibnitz, auch nicht einmal provisorisch die Geschäfte weiter führen dürfte. Das war der Entschluß zur vollendeten Anarchie. Bei Annahme dieses Antrages hätte Mecklenburg-Strelitz überhaupt keine Regierung mehr gehabt, und wäre also wahrscheinlich in kürzester Zeit im gegenseitigen Mord- und Totschlag zugrunde gegangen. Um dieser Lebensgefahr des Staates zu begegnen, beantragte man von deutschnationaler Seite die Auflösung des Landtages. Dann hätten die Neuwahlen vielleicht geordnetere Zustände geschaffen. Aber dieser Weg ist natürlich für Mecklenburg-Strelitz zu einfach. Die Sozialdemokraten lehnen deshalb den Antrag auf Auflösung ab, und ohne sie ist die nötige Dreiviertel-Majorität nicht zu bekommen. Also gibt es auch nach dieser Seite hin keinen Ausweg. Die Verwirrung ist komplett. Große Koalition im Reiche oder Reparationsproblem in Paris: das sind Kinderspiele gegenüber der Neustrelitzer Regierungskrise!

Zum Glück gibt es, wie in der antiken Tragödie, so auch in dieser modernen politischen Komödie einen rettenden deus ex machina. Es erscheint Ministerialdirigent Dr. Haentzschel vom Reichsministerium des Innern und erklärt den Neustrelitzer Landtagsfraktionen, daß es so nicht gehe, daß die absolute Anarchie kein Boden sei, auf dem sich irgendwie regieren lasse, nicht einmal in Mecklenburg-Strelitz. Zur Not hätte man sich das dort auch selber sagen können. Das Land hat immerhin eine Einwohnerzahl, die etwa derjenigen einer anständigen Stadt entspricht, es zählt 110 000 Bewohner. In jeder Kommunalverwaltung dürfte es erheblich leichter sein, den geeigneten Oberbürgermeister zu finden, als im Lande Mecklenburg-Strelitz die geeignete Ministerkoalition bzw. den passenden Koalitionsminister ausfindig zu machen. Vielleicht fällt es aber leichter, auf die Stimme der Autorität des Reiches zu hören, als den Mahnungen der Vernunft im eigenen Lande zu folgen. Denn auch in Mecklenburg-Strelitz gilt der Prophet im eigenen Lande wenig. Ein Glück, daß wir heute immerhin das einige Deutsche Reich haben, sonst wäre gar nicht abzusehen, was für Komplikationen aus derartigen gelegentlichen anarchischen Zuständen in deutschen Ländern sich ergeben könnte.

Vor kurzem ist das Land Walbeck mit 60 000 Einwohnern in Preußen aufgegangen. Viel größer ist die Zahl der Einwohner von Mecklenburg-Strelitz auch nicht. Man sprach von einer frostigen Hochzeitsfeier, als in Arolsen der preußische Innenminister die Vereinigung vollzog. Immerhin besser frostig und vernünftig, als temperamentvoll und unvernünftig. Man möchte den Leuten in Neustrelitz zu erwägen anheimgeben, ob sich nicht aus dem Vorgange von Walbeck etwas lernen ließe. Diese Vorkommnisse sind ein bezeichnendes System für die heillose deutsche Partei-Verranntheit, ebenso wie für die zweifelhaften Segnungen der deutschen Kleinstaaterei. In der Literatur werden Parodien geschrieben, damit die Leser aus ihrem Unsinn Vernunft lernen. Vielleicht lernen deutsche Parteien und deutsche Kleinstaatregierungen auch etwas aus der Mecklenburg-Strelitzer Parodie. Das wäre wenigstens ein kleiner Trost bei der sonst so blamablen Geschichte.

Gemeindewahlen in Oberösterreich.

* **Wien.** (Telunion.) In 505 Gemeinden von Oberösterreich fanden am Sonntag die Gemeindewahlen statt. Von 454 000 Wahlberechtigten erschienen nahezu 90 v. H. an der Wahlurne. Nach den bisher vorliegenden Teilergebnissen ist eine Verschiebung in dem bisherigen Besitzstand der Parteien nicht zu verzeichnen. In einzelnen Bezirken haben die Christlich-Sozialen Mandate verloren, in anderen gewonnen. Ebenso liegen die Verhältnisse bei den anderen Parteien, sodaß das Gesamtergebnis kaum eine Veränderung der Parteistärken ergeben dürfte.

Graf Christian zu Stolberg bleibt in Haft.

Hirschberg. (Funkspr.) Die Haftbeschwerde des Verteidigers des wegen Mordverdachts in Untersuchungshaft befindlichen Grafen Christian Friedrich zu Stolberg-Wernigerode ist von der Beschlußkammer des Hirschberger Landgerichts abgelehnt worden. Der Verhaftete Graf Christian bleibt also weiterhin in Haft.

Um Leben oder Sterben der deutschen Wirtschaft.

Schlechte Botschaft aus Paris. — Unannehmbare Forderungen.

Am Sonnabend mittag sind der deutschen Delegation die Reparationsvorschläge der Alliierten übergeben worden. Was bis zur Stunde über deren Inhalt zu erfahren war, stammt aus den Mitteilungen der Pariser Presse, die im Gegensatz zu früheren Verlautbarungen eine gewisse Einheitlichkeit aufweist. Danach soll also Deutschland 37 Jahre lang je 1,8 Milliarden aufsteigend bis 2,4 Milliarden Mark als Annuität zahlen. Es ergäbe sich daraus eine Durchschnittsjahreszahlung von 2,2 bis 2,3 Milliarden für 37 Jahre. In weiteren 21 Jahren würde sich die Jahressumme allmählich auf 1,7 Milliarden ermäßigen. Insgesamt hätte das deutsche Volk 58 Jahre lang Reparationszahlungen zu leisten. Darüber hinaus ist eine Aufgabe des Transferschutzes, ferner eine Kommerzialisierung der Reparationen vorgesehen.

Man erkennt also auf den ersten Blick die absolute Unzulänglichkeit des angeblichen Entgegenkommens der alliierten Sachverständigen, wie sie von Eingeweihten schon vor längerer Zeit vorausgesagt worden ist. In deutschen Regierungskreisen herrscht auf Grund der vorliegenden Berichte aus Paris begreiflicherweise eine wenig zuversichtliche Stimmung, da man auf dieser Basis an keine Verständigung glaubt. Selbstredend wird die deutsche Delegation nach eingehender Prüfung der Alliierten-Vorschläge mit ihren eigenen Plänen heraustreten, um doch noch eine Einigung ermöglichen zu können. Freilich ist es eine große Frage, ob Aussichten für eine Durchsetzung deutscher Gegenvorschläge vorhanden sind, da von alliierter Seite die in Vorschlag gebrachten Zahlen und Laufzeiten als „Minimalforderungen" bezeichnet werden. Man scheint demnach vor allem in London und Paris der Auffassung zu sein, daß sich Deutschland zu guter Letzt auf den Boden des Programmes der alliierten Sachverständigen begeben würde. Demgegenüber muß mit aller Deutlichkeit betont werden, daß sich schwerlich eine deutsche Regierung finden wird, die es ohne innerpolitische Erschütterungen wagen könnte, einem derartigen Vertrag ihre Zustimmung zu geben. Zweifellos befinden wir uns jetzt im kritischsten Stadium der Nachkriegszeit, denn es geht um Leben oder Sterben der deutschen Wirtschaft.

Zahlenangaben des Matin aus dem Reparationsplan.

Paris, 14. April. Matin will in der Lage sein, über die Zahlen der in dem gestern der Reparationskonferenz überreichten Memorandum enthaltenen Skala Angaben zu machen. Bei diesen Zahlen ist zu berücksichtigen, daß alle Delegationen sich zum strengsten Stillschweigen über den Inhalt der beiden Dokumente verpflichtet haben, und daß also die Angaben des Blattes mit Vorbehalt aufgenommen werden müssen.

Matin schreibt, die vorgeschlagenen Annuitäten seien auf einem Zinssatz von 5½ Prozent berechnet und stellten für die ersten 35 Jahre eine Durchschnittsannuität von 2198 Millionen oder nach anderen Berechnungen von 2200 Millionen dar. Sie stiegen im Laufe von 37 Jahren von 1800 auf 2450 Millionen, erreichten also niemals die jetzige Normalannuität von 2½ Milliarden. Nach den ersten 37 Jahren würden die eigentlichen Reparationen getilgt sein. Die Annuität für die Bezahlung der Kriegsschulden sinke in den letzten 21 Jahren von 1700 Millionen auf 900 Millionen Mk.

Diese vom Matin heute genannte Ermäßigung der Kriegsschuldenannuität ist bisher nirgends erwähnt worden. Der Matin will in verantwortlichen deutschen Kreisen gestern erfahren haben, daß man dort das Memorandum der alliierten Sachverständigen als unannehmbar bezeichnet habe. Man habe in diesen Kreisen diese Stellungnahme wie folgt erläutert: Nach unseren Berechnungen haben wir endgültig nur einen Nachlaß von 200 Millionen gegenüber den Dawesannuitäten erzielt; zwar unter Verzicht auf den Wohlstandsindex, aber auch unter Verlust der sehr wertvollen Garantie des Transferschutzes. Wir denken gewiß nicht daran, lediglich wegen eines Nachlasses von jährlich 200 Millionen eine politische Schuld in eine Handelsschuld umzuwandeln, unbedingte Verpflichtungen zu übernehmen und auf jede Garantie zu verzichten.

In Wirklichkeit, so fügt der Matin hinzu, schicke sich die deutsche Delegation an, heute Montag eine Frist zu verlangen, um Zeit für die sorgfältige Prüfung der Anregungen der Gläubiger zu gewinnen. Schließlich würden die deutschen Delegierten auch ihrerseits Unterredungen mit dem Vorsitzender Owen Young haben und vielleicht alsdann ihrer Regierung berichten. Jedenfalls würden sie gewiß nicht das Memorandum annehmen, ohne längere und energischste Bemühungen unternommen zu haben, um eine Abänderung nicht nur der Modalitäten, sondern auch der Ziffern durchzusetzen.

Im übrigen berichtet Matin, daß das Memorandum am Schluß folgende einem Ultimatum gleichkommende Erklärung enthalte: Wenn das vorgeschlagene System von Deutschland nicht angenommen werde, dann bleibe den Gläubigern nichts weiter übrig, als auf den Dawesplan zurückzugreifen und die Anzahl der Annuitäten festzusetzen.

Echo de Paris berichtet übrigens, daß die vier Delegationen der reparationsberechtigten Länder den Versuch gemacht haben, den Vorsitzenden der Reparationskonferenz, Owen Young, zur Unterzeichnung des Dokuments zu bewegen. Dieser habe sich jedoch, obwohl er allen Erörterungen dieser Frage beiwohnte, wohl gehütet, seine Unterschrift zu geben. Das Blatt will darin ein Zeichen dafür erblicken, daß der Vorsitzende nunmehr sein Schiedsrichteramt ausüben wolle.

Die Berliner Presse zum Reparationsmemorandum.

Berlin, 14. April. Die Blätter nehmen bisher nur zum Teil Stellung zu den von den Alliierten in Form eines Memorandums in Paris aufgestellten Forderungen, aber alle Zeitungen, ganz gleich welcher Parteirichtung, bringen in den Ueberschriften und in den Ausführungen ihrer Pariser Berichterstatter in schärfster Form zum Ausdruck, daß die bisher genannten Zahlen für Deutschland unannehmbar sind.

Das Berliner Tageblatt gebraucht die Ueberschrift: „Die maßlosen Forderungen der Gläubigermächte", und schreibt: Daß ein Ja für eine derartige Zahl vollkommen ausgeschlossen ist, braucht nicht noch einmal begründet zu werden. — Der Pariser Vertreter der Vossischen Zeitung, der ebenso wie die anderen Berichterstatter darauf hinweist, daß die bisher veröffentlichten Zahlen noch hinter der Wirklichkeit zurückzubleiben scheinen, bezeichnet es als den einzigen Lichtblick, daß das Memorandum nicht die Unterschrift des Konferenzvorsitzenden Young trägt und glaubt daraus den Schluß ziehen zu dürfen, daß Young es abgelehnt hat, sich mit den Forderungen der Gläubigerländer zu identifizieren, die für Deutschland nicht nur unannehmbar, sondern auch undiskutabel sind. — Auch der Vorwärts bezeichnet die Forderungen als schlimmer, als alle vorhersahen und weist ebenfalls auf das Fehlen der amerikanischen Unterschrift hin. — Die Germania schreibt, was die Höhe der Forderungen anbelangt, so liegt sie weit jenseits dessen, was nach übereinstimmender Meinung aller Deutschen — und wir glauben sagen zu können, aller unvoreingenommenen Experten — tragbar ist. — Die Deutsche Allgemeine Zeitung spricht von dem Todesstoß für die Tributkonferenz. Es wäre grenzenlos optimistisch, wenn man heute noch an einen Erfolg der deutschen Bemühungen glauben wollte. Der Sachverständigen-Charakter der Konferenz sei restlos untergegangen und es habe sich der Block der Alliierten herausgeschält. — Der Lokal-Anzeiger nennt die Forderungen ebenfalls undiskutabel. Man habe nicht sehen wollen, was die deutschen Delegierten pflichtgemäß an ernsten Einwürfen gegen den Bericht des Reparationsagenten vorbrachten. — Die Kreuz-Zeitung überschreibt ihre Nachricht „Pariser Milliardenwahn". — Die Deutsche Tageszeitung: „Die Maske fällt". — Der Tag weist darauf hin, daß es nicht auf den Gegenwartswert von 38 Milliarden ankomme, sondern darauf, daß Deutschland mit Zins und Zinseszinsen in zwei Menschenaltern das Dreifache dieser Summe zahlen soll.

Das Memorandum in Berlin eingetroffen.

Berlin. (Funkspruch.) Das Memorandum der vier alliierten Regierungen ist am Sonnabend der Sachverständigenkonferenz in englischer Sprache vorgetragen worden und ist inzwischen auch hierher gelangt. Es muß erst übersetzt werden und es ist noch nicht bekannt, ob der Inhalt vertraulich behandelt werden soll.

Ueber die heute um 11 Uhr Pariser Zeit begonnene Vollsitzung ist noch nichts zu sagen. Die französischen Zeitungen, besonders „Matin" geben Zahlen an, bei denen es sich nicht um ein Minimalprogramm zu handeln scheint, sondern um Maximalziffern. Die Sachverständigen können unmöglich annehmen, daß für uns die Aufgabe des Transferschutzes, die Erhöhung von 37 auf 58 Jahren und die Kommerzialisierung der Schulden annehmbar sei. Andernfalls könnten diese Zahlen als eine Diskussionsgrundlage nicht angesehen werden.

Die Wahlreform.

au. **Berlin.** Es unterliegt keinem Zweifel mehr, daß sowohl die Demokraten, wie das Zentrum dahin wirken werden, daß die Regierung schleunigst ein Wahlreformgesetz einbringt. Soweit es sich um die demokratische Partei handelt, hat diese bereits die Vorschläge, die der Regierung als Unterlage für das Gesetz dienen sollen, der Regierung unterbreitet. Das Zentrum wird sich endgültig am 21. April in einer Tagung des Reichsparteivorstandes in Essen mit der Wahlreform befassen, daraufhin seine Vorschläge formulieren und sie der Regierung unterbreiten. Man rechnet in parlamentarischen Kreisen damit, daß aus diesem Grunde, wahrscheinlich schon im Spätsommer, bestimmt aber in der Herbsttagung des Reichstages die Wahlreform zur Beratung gelangt.